

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Postzeit oder deren Raum 20 Pf. Verlags- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279.

Montag, den 29. November 1915.

22. Jahrg.

Die Jugendwehr.

Der Zentralauschuß für Volks- und Jugendspiele beschäftigt, eine Reihe von Flugschriften zur Frage der militärischen Jugendberziehung herauszugeben, deren erste vom Reichstagsabgeordneten Dr. Müller (Meiningen) bearbeitete „Wir brauchen ein Reichsjugendwehrgesetz“ bereits gedruckt ist und in allernächster Zeit erscheinen soll. Neucardinas wird sogar mitgeteilt, daß der gleiche Abgeordnete dem Reichstag einen fertigen Gesetzentwurf vorzulegen beabsichtigt.

Man wird das Erscheinen der Schrift und des Entwurfs abwarten müssen, um zu sehen, wie der Abg. Müller sich ein solches Gesetz eigentlich vorstellt. Wenn etwa die jetzt üblichen „Jugendkompagnien“ gesetzlich vorgeschrieben werden sollten, dann würden sich die Sozialdemokraten entschieden dagegen wenden müssen. Wir verlangen in unserm Parteiprogramm: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit.“ Dieser unserer Forderung entspricht aber das nicht, was heute als militärische Ausbildung der Jugend betrieben wird. Von einschlägiger Schulmännern sowohl als auch von Offizieren sind in der letzten Zeit die schwersten Bedenken gegen diese „Soldatenpielerei“ geäußert worden. Wenn die Erziehung zur Wehrhaftigkeit gesetzlich geregelt werden soll, dann muß dieses Gesetz in seinem innersten Wesen ein Gesetz zum Schutze der Jugend überhaupt sein.

Ein ehemaliger Offizier sendet uns zu dieser Frage „Jugendwehr oder nicht?“ die folgenden beachtlichen Ausführungen:

Der Krieg hat auch die Frage, ob und wie man die heranwachsende männliche Jugend, also die Jünglinge vom circa 15.—20. Lebensjahre, auf die kommende Militärdienstzeit vorbereiten soll, in die breite Öffentlichkeit gerückt. Man gestatte mir, daß auch ich in dieser Hinsicht meine Ansicht ausspreche. Einige Berechtigung besitze ich dazu, denn ich habe von meinem 14. bis zu meinem 20. Lebensjahre in einem süddeutschen Kadettenkorps sogar eine sehr stramme militärische Vorbereitung erhalten, und später habe ich fünf Jahre hindurch Rekrutenzüge ausgebildet.

Die Vorteile der Vorbereitung der Jugend auf ihre Militärfahrt liegen auf der Hand. In Staaten, in denen sie allgemein üblich ist, kann man auch für eine Verkürzung der aktiven Dienstzeit eintreten, denn es ist nicht zu bestreiten, daß man einen körperlich gewandten jungen Mann viel schneller zu einem tüchtigen Soldaten machen kann als einen, der noch plump wie ein Mehl sack ist. Außerdem ist eine gute Vorbereitung auch im Interesse der jungen Leute selbst. Haben sie sie genossen, so wird ihnen ihre Rekrutenzeit viel leichter werden, als sie ihnen unter andern Umständen würde. Sie werden alles bedeutend schneller und leichter lernen. Eine allgemeine Vorbereitung der Jugend auf ihre Militärfahrt wäre vielleicht das wirksamste Mittel zur Beseitigung der Mißhandlungen, über die — in Friedenszeiten! — immer noch geklagt werden mußte.

Aber wie soll nun die Vorbereitung erfolgen? Bei der Erörterung dieser Frage darf man Krieg und Frieden nicht in einen Hut werfen; es muß vielmehr zwischen Krieg und Frieden scharf unterschieden werden.

Während eines Krieges ist es sehr vorteilhaft, wenn der künftige Mannschaftserlass möglichst schnell für den militärischen Dienst vorbereitet wird. Darum ist in solchen Zeiten die Bildung von Jugendkompagnien, in denen praktischer und theoretischer militärischer Unterricht erteilt wird, kaum zu beanstanden. Für die Friedenszeiten aber raten wir von der Schaffung von Jugendkompagnien dringend ab, weil sie, da im Frieden die Vorbereitung der Jugend mit Mühe betrieben werden kann, höchst überflüssig und sehr dazu angetan sind, in den Jungen eine Vorliebe für die Soldatenpielerei und — nicht zuletzt eine große Portion Hochmut hervorzurufen.

Hat man ungenügend Zeit, dann braucht man die Jungen gar nicht mit dem Exerzieren zu plagen; es genügt vielmehr, ihre Körper so kräftig und gewandt zu machen, daß sie später das Exerzieren und das richtige Verhalten in der Schützenkette leicht erlernen. Das kann schon durch Turnen, Freiübungen und Turnspiele allein geschehen. Es ist dazu nur eine gute turnerische Ausbildung nötig. Das Einpflanzen speziell militärischer Fertigkeiten und Kenntnisse ist vollkommen überflüssig. Und da im modernen Kriege das Werfen von Handgranaten eine große Rolle spielt, so leide man die männliche Jugend auch zu einem sicheren Wurf an. Auch das schlägt ins Turnen ein. Das Gewerfen hat ja früher schon zu ihm gehört.

Ferner ist ein Schießunterricht am Platze. Das Schießen ist bekanntlich auch keine rein militärische Eigenschaft. Da, wo Schießplätze nicht zur Verfügung stehen, würde das Schießen mit Zimmengewehren, deren Lademechanismus jenem der Militärgewehre ähnelt, hinreichen. Die Beschaffung derartiger Gewehre ist leicht, denn man kann jedes der alten Mäusergewehre (M. 71 und M. 71/84) durch Einschleiben einer sehr einfachen billigen Vorrichtung in ein Zimmergewehr verwandeln.

Kommt der Rekrut körperlich gewandt und mit guter Schulbildung in die Kaserne, weiß er auch im Schießen etwas Bescheid, so wird er das rein Militärische schneller erlernen. Es ist dabei zu bedenken, daß die früher üblichen Künsteleien beim Exerzieren, die so viel Zeit wegnehmen, schon seit Jahren ausgemerzt sind.

Was die Ausführung längerer Märsche anbelangt, so können hier die Jugendorganisationen, die mehr zur Unterhaltung dienen und bestehen bleiben sollen, das Nötige besorgen, indem sie Ausflüge arrangieren. Auch wenn dabei keine Patrouillengänge und Rekognoszierungen vorgenommen werden, liegt nichts daran, denn Patrouillengänge und Rekognoszierungen sind Berichtigungen, zu denen nur körperliche Gewandtheit und ein gesunder Menschenverstand gehören. Sie lernt ein turnerisch geübter Mann mit halbwegs hellem Kopfe bei der Truppe sehr rasch, mag er sich darin auch vorher nicht geübt haben.

Ist der Krieg vorbei, so löse man also die Jugendkompagnien schleunigst auf und beschränke sich auf eine gute systematische Ausbildung der Jugend im Turnen und in sonstigen Leibesübungen. Außerdem leite man sie im Werfen und Schießen an.

Gemeinden, die über wenig Mittel verfügen, müßte der Staat Zuschüsse zum Bau von heizbaren Turnhallen und von Turnplätzen gewähren. Der Ausbildung der Volksschullehrer im Turnen und Schießen wäre große Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit sie namentlich auf dem Lande, wo oft an

geeigneten Turnlehrern Mangel ist, die Übungen leiten können. Der Staat müßte ferner dadurch eingreifen, daß er in den Städten durch Zusammenfassen von Gemeinden und den ihnen benachbarten Weilern und Einöden Übungsbezirke mit Übungsorten organisiert.

Was die Übungszeiten anbelangt, so wären 4 Stunden in der Woche für Turnen, Werfen und Schießen vollkommen ausreichend. Nach meiner Ansicht müßten die Übungsstunden auf die Werktag verlegt werden. Die Sonntage und Feiertage lasse man den Jungen zur Erholung. Sie mögen sie in der Familie oder in den Unterhaltung und Zerstreuung bietenden Jugendorganisationen zubringen. Schablonenhaft dürfen die Übungsstunden nicht festgesetzt werden, weil die Verhältnisse der jungen Leute nach Berufsart verschieden sind. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten können zum Beispiel im Spätherbst, im Winter und Frühjahr leichter zu Übungen herangezogen werden als im Sommer.

Soweit unser Mitarbeiter, dessen Ausführungen zweifellos nicht unbeachtlich sind. Es sei ihnen noch hinzugefügt, daß eine der wichtigsten Vorbereitungen einer erfolgreichsten Wehrhaftmachung die Aufhebung der einschränkenden Verwaltungsvorschriften in bezug auf die Arbeitersportvereine ist. Nur wenn jede Fähigkeit auf diesem Gebiet unbeschränkt sich entwickeln kann, wird die Möglichkeit geboten, eine gesunde und damit auch eine wehrfähige Jugend heranwachsen zu lassen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Operationen gegen Serbien sind abgeschlossen, so meldet die oberste Heeresleitung im Anschluß an ihren gestrigen Tagesbericht. In kurzen Zügen wird noch einmal ein Bild von dem Fortschreiten der Operationen in Serbien gegeben und dann betont, daß der nächste Zweck, die Herstellung einer freien Verbindung mit Bulgarien und der Türkei, erreicht sei. Die Reste der serbischen Armee seien in die albanischen Gebirge gestochen. Mehr als 100 000 Mann, fast die Hälfte der serbischen Armee, seien gefangen genommen worden.

Serbien ist also — von einem verhältnismäßig kleinen Länderstrich abgesehen — nunmehr im Besitz der Verbündeten. Alle Fähigkeit und Tapferkeit der serbischen Truppen vermochte das Schicksal Serbiens nicht mehr aufzuhalten. Was wird nun werden? Das ist die Frage, die sich auf aller Lippen drängt. Niemand von uns vermag hierauf eine Antwort zu geben; erst die Zeit wird diese Frage beantworten.

Die Angelegenheiten zwischen dem Vierverband und Griechenland sind noch nicht geregelt. Die Vierverbandsgeandten haben Griechenland eine neue Note überreicht, die sich mit der Durchführung der Einzelheiten aus der ersten Note beschäftigt. Wie es weiter heißt, soll diese kurzbeschriftete Note die vollständige Annahme der Vierverbandsforderungen verlangen. Treffen diese Meldungen zu, dann kann von einer Klärung der Situation keine Rede sein, vielmehr würde sich dieselbe nur noch verzwickter gestalten.

Die Athener Presse weist in ihren Artikeln auf die Schwierigkeit hin, in der sich Griechenlands Regierung gegenwärtig befindet. „Nea Zmera“ veröffentlicht einen Artikel eines Diplomaten, in welchem sich dieser mit der Frage der Entwaffnung der Truppen beschäftigt, die eventuell griechisches Gebiet überschreiten. Es heißt darin, daß Griechenland jetzt vor die Alternative gestellt sei, neutralitätsgemäß die über tretenden serbischen Truppen zu entwaffnen, oder das Betreten griechischen Bodens zu gestatten. Im letzteren Falle würde Griechenland ein feindliches Betragen gegenüber den Zentralmächten bezeugen. Eine Entwaffnung der serbischen Truppen sei daher gerechtfertigt und würde einer durchaus klugen Haltung entsprechen. Sehr kompliziert sei die Frage, was mit den kämpfenden Ententetruppen geschehen soll, wenn diese auf griechisches Gebiet übertreten müßten. — Mit der gleichen Frage beschäftigt sich auch der Finanzminister Dragumis, der erklärt, die griechische Regierung werde jetzt in eine Situation gedrängt, daß sie entweder die serbisch-englisch-französischen Truppen entwaffnen, oder verhindern muß, daß die Truppen der Zentralmächte den ersten auf griechisches Gebiet folgen. Auf jeden Fall muß die Regierung verhindern, daß Griechenland zum Kriegsschauplatz gemacht werde.

Die Aussprache über den Zweck des Krieges und die Möglichkeiten seiner Beendigung geht in England weiter, und es sind zu dem Gegenstande, die wir aus den jetzt vorliegenden Zeitungen ersehen, in den letzten Wochen einige sehr beachtenswerte Reden gehalten worden, über die der Telegraph merkwürdigerweise nicht berichtet hat. So stellte im Unterhause der Liberale Bonson einen sehr geschickten und wirksamen Vergleich zwischen der Gegenwart und der Zeit des Krimkrieges an, um zu der Forderung zu gelangen, daß England sich von der Phraze befreie und durch die Aufstellung eines vernünftigen Friedensprogramms der Welt auf dem Wege der Rückkehr zur Vernunft vorangehen müsse. So formulierte ferner der bekannte Roben Buxton in einer von der Vereinigung für demokratische Kontrolle zu Manchester veranstalteten Versammlung Grundlagen für eine Verständigung, die sich jedenfalls sehr weit von dem Standpunkt der Anhänger eines Aufreißungskrieges entfernten. Roben Buxton führte aus, daß es sich zunächst darum handle, eine Basis für die Diskussion der Friedensbedingungen zu schaffen, und er meinte, folgende vier Punkte müßten in den Vordergrund geschoben werden.

1. Deutschland und Oesterreich geben Belgien, Frankreich, Polen, die baltischen Provinzen und Serbien frei.
2. England zahlt keine Kriegsschadigung, Deutschland erlegt den dem Königreich Belgien zugefügten Schaden.
3. Ueber die besonderen Forderungen, die Frankreich gegen Deutschland, Italien und Serbien gegen Oesterreich, Rußland gegen die Türkei hat, verständigt sich England mit den in Betracht kommenden Staaten.
4. Deutschlands Recht auf ein Kolonialreich wird anerkannt, nur braucht sich sein Kolonialreich nicht aus denselben Territorien zusammenzusetzen, durch die es vor dem Kriege gebildet wurde.

Außerdem wünscht Buxton, daß eine Konferenz aus den kriegführenden und neutralen Staaten sich mit folgenden Fragen beschäftigen solle:

1. Eine Aufteilung Afrikas unter Berücksichtigung der Schaffung besserer Grenzen und unter Berücksichtigung der Interessen der Eingeborenen.
 2. Gleichmäßige Verteilung wirtschaftlicher Zugeständnisse einschließlich der offenen Tür in allen kolonialen Besitzungen.
 3. Einigung über das Beschlagnahmerecht an den Waren, die nicht unter den Begriff der Konterbande fallen. Aenderung der Bestimmungen über die Handelsblockade.
- Im Zusammenhang damit Schaffung wirksamer Garantien im Hinblick auf spätere Kriege zu Lande und zu Wasser.

Die Preisstellung für Futtermittel wird so erfolgen, daß die Schweine bei Zugrundelegung der durchschnittlichen Mästungskosten und mäßigen Gewinns für die Mäster etwas unter dem gegenwärtigen Höchstpreis abgesetzt werden können. Der Unterschied zwischen dem tatsächlichen Inlandspreis und dem ausländischen Futtermittel- und Abgabepreis soll im Einvernehmen mit dem Finanzminister auf den Staat übernommen werden. Die Lieferung der Schweine soll stattfinden an die Kommunalverbände mit überwiegender Industriearbeiter-Bevölkerung und besonders starkem Bedarf an Fleisch und Fetten, und zwar auf Grund des unter Vermittlung der Staatsregierung zwischen den Produzentenverbänden und den Kommunalverwaltungen abzuschließenden Vertrages, worin sich der Produzentenverband zur Lieferung einer bestimmten Anzahl von Ferkeln besten Qualität, frei Verbrauchsort zu dem bestimmten Termin und bestimmten Preis, und die Kommunalverwaltung zur Abnahme der Schweine am Verbrauchsort und sofortiger Zahlung des Lieferungspreises rechtsverbindlich verpflichtet. Die Kommunalverwaltungen haben sodann für die Schlachtung der Schweine und Zuführung des Fleisches und Fettes an die Verbraucher entweder in eigener Regie oder durch Vermittlung des Kleinhandels zu sorgen. Ihre Unkosten müssen sie aus dem Unterschied zwischen dem Abnahme- und Höchstpreis (etwa 1 Mk. für ein Zentner Lebendgewicht) decken. Beim Vertrieb von Fleisch und Fett in eigener Regie können sie außerdem den sonst dem Handel zuzuführenden Gewinn ausnutzen.

Nach den vorläufig mit Sicherheit zur Verfügung stehenden Futtermittelmengen sollen zunächst Verträge über Lieferung von 500 000 Schweinen abgeschlossen werden, die etwa von Anfang Februar ab lieferbar sein werden, und zwar in den Monaten Februar, März, April und Mai mit etwa je 125 000 Stück. Sollte die Futtermittelzufuhr sich noch günstiger gestalten, so wird mit dem Abschluß von Verträgen über eine weitere Zahl von Schweinen vorgegangen werden.

Seitens des Landwirtschaftsministers ist in dieser Angelegenheit in den einzelnen Provinzen mit den landwirtschaftlichen Organisationen eine Verständigung bereits herbeigeführt worden. (R.T.B.)

Die Pflichten der Landwirtschaft im Kriege.

Wie die „Arenzzeitung“ mitteilt, hat der Deutsche Landwirtschaftsrat kürzlich den Reichskanzler, den leitenden Darstellungen in den Zeitungen und Eingaben an die Behörden über die angelegte „Wucherpolitik der Landwirtschaft“ nicht nur durch eine gerechte Zensur, sondern auch durch die erforderlichen amtlichen Aufklärungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der Reichskanzler antwortete an den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, Graf Schwerin-Löwitz, folgendes:

Euer Erzelehn beehrt ich mich mit verbindlichem Dank den Empfang der mir namens des deutschen Landwirtschaftsrats vorgelegten Eingabe zu bestätigen. Ich zweifle nicht daran, daß die deutsche Landwirtschaft auch in Zukunft bereit ist, alle durch die Erfordernisse der Kriegswirtschaft ihr auferlegten notwendigen Opfer mit vaterländischem Gemeinwohl zu tragen, und ich werde dauernd bemüht sein, allen ungerechten Beschuldigungen entgegenzutreten, die das Verhalten der Landwirtschaft oder anderer Berufsstände gegenüber der Allgemeinheit verdächtigen. Ich gehe dabei von der zuverlässigen Erwartung aus, daß die besonnen landwirtschaftlichen Betreibungen ihren ganzen Einfluß auf die Berufsgenossen dafür einlegen werden und rüchhaltslos ihre Bereitwilligkeit zur Mithilfe bei der Durchführung aller im Interesse der Volksernährung getroffenen Maßnahmen überall durch die Tat befehlen. Ich vertraue darauf, daß die Landwirtschaft selbst, trotz aller zu überwindenden Schwierigkeiten, deren Umfang ich nicht verkennen kann, die ununterbrochene Versorgung des Lebensmittelmarktes fördert, und ich bin deshalb gewiß, daß unsere Volkswirtschaft auch die ihr gegenwärtig gestellten großen Aufgaben erfolgreich lösen wird.

Eine konservative Vertrauensmännerversammlung

Der Provinz Brandenburg gab dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß unnötigen Verteuerungen der Gegenstände des täglichen Bedarfs mit der größten Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse und daß die Ausbeutung der gegenwärtigen Lage zum pekuniären Vorteil einzelner Personen höchstens zu verurteilen und zu verhindern sei. Es wurde gefordert, daß wo die Preise nicht auch für die unermittelbaren Volksklassen in erreichbarer und angemessener Höhe festgesetzt werden können, ohne dadurch die Produktion einzuschränken, öffentliche Mittel zum Ausgleich verwendet werden müssen. Ferner wurde einmütig der Entschluß gefaßt, die Betätigung konservativer Auffassungen auch während des Krieges nicht einzulassen zu lassen, sondern der Bevölkerung die Grundgedanken der konservativen Politik, die durch den Krieg eine so dringende Rechtfertigung erfahren haben, näher zu bringen. Besonders erklärte man es als eine ernste Pflicht, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß wir den Krieg auch weiterhin wirtschaftlich wie militärisch mit voller Aussicht auf den Erfolg durchhalten können und daß ein jeder freudig jedes Opfer zu bringen hat, das noch erforderlich sein wird, um Deutschland einen Sieg zu sichern, der ihm größere Kraft und Sicherheit und einen ruhigen Lager für seine Zukunft bringen wird.

Zwangweise „Aufklärung“.

Kritiker des Reichs v. Bodelschwingh, einer der Agitatoren des Bundes der Landwirte, schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“:

Es ist hier an die Regierung die Bitte gerichtet, in einer gesetzlichen Darlegung der Öffentlichkeit zu unterbreiten, welche Umstände derzeit eine Erleichterung der landwirtschaftlichen

Erzeugungskosten herbeiführen. Auf eine solche Neuerung dürfte die Landwirtschaft um so eher Anspruch haben, als auch Maßnahmen der Regierung dazu beigetragen haben, die Erzeugungskosten sowohl wie die Preisspannung zwischen Abgabe und Verbrauch zu steigern. Es genügt an die lange Unterlassung der Höchstpreisfestsetzungen für Mehl und Futtermittel, sowie an den teuren Betrieb der Kriegsgesellschaft zu erinnern. Die Aufnahme solcher regierungsseitigen Darlegungen hätte dann allen Zeitungen zur Pflicht gemacht werden. Unter dem Kriegszustand dürfte die Handhabung dazu unzweifelhaft vorhanden sein.

Herr v. Bodelschwingh legt also der Regierung nahe, offiziell darzulegen, daß ihre Unterlassungslünden wesentlich zur Teuerung beigetragen haben. So sehr das richtig ist, so wenig wird die Regierung geneigt sein, das öffentlich zu bekennen.

Wirtschaftsverband deutscher Hausbesitzer.

Auf Betreiben des Senats der Berliner Hausbesitzer sollen die Hausbesitzer Deutschlands zu einer Organisation nach dem Muster des Bundes der Landwirte zusammengeschlossen werden. Zweck dieser neuen Organisation soll u. a. sein, den Hausbesitzern einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung zu verschaffen. — Als wenn sie nicht schon durch die Gemeinde- und Kommunalwahlrechte bevorzugt wären.

Die Arbeit des holländischen Landtages

wird in der Hauptsache nur in Kommissionsarbeiten bestehen. Gleich nach der ersten Sitzung ist das Plenum wieder auf Mitte Dezember vertagt worden und für Januar sind auch nur noch einige Sitzungen vorgesehen. Dann soll der Landtag bis nach dem Krieg vertagt werden. Die günstige Entwicklung der Finanzen vor dem Kriege ließ schon wieder an eine Reduktion der Beamtenbesoldung denken. Jetzt aber sind 24 Millionen Steuermindereinnahmen zu verzeichnen. Der Etat schließt mit 10 Millionen Markt Defizit ab, obwohl 35 Millionen für außerordentliche Kriegsausgaben vorgesehen waren. Die Einkommensteuer wird große Mindereinnahmen bringen. Eine Erhöhung der Vermögenssteuer ist in Aussicht genommen.

England.

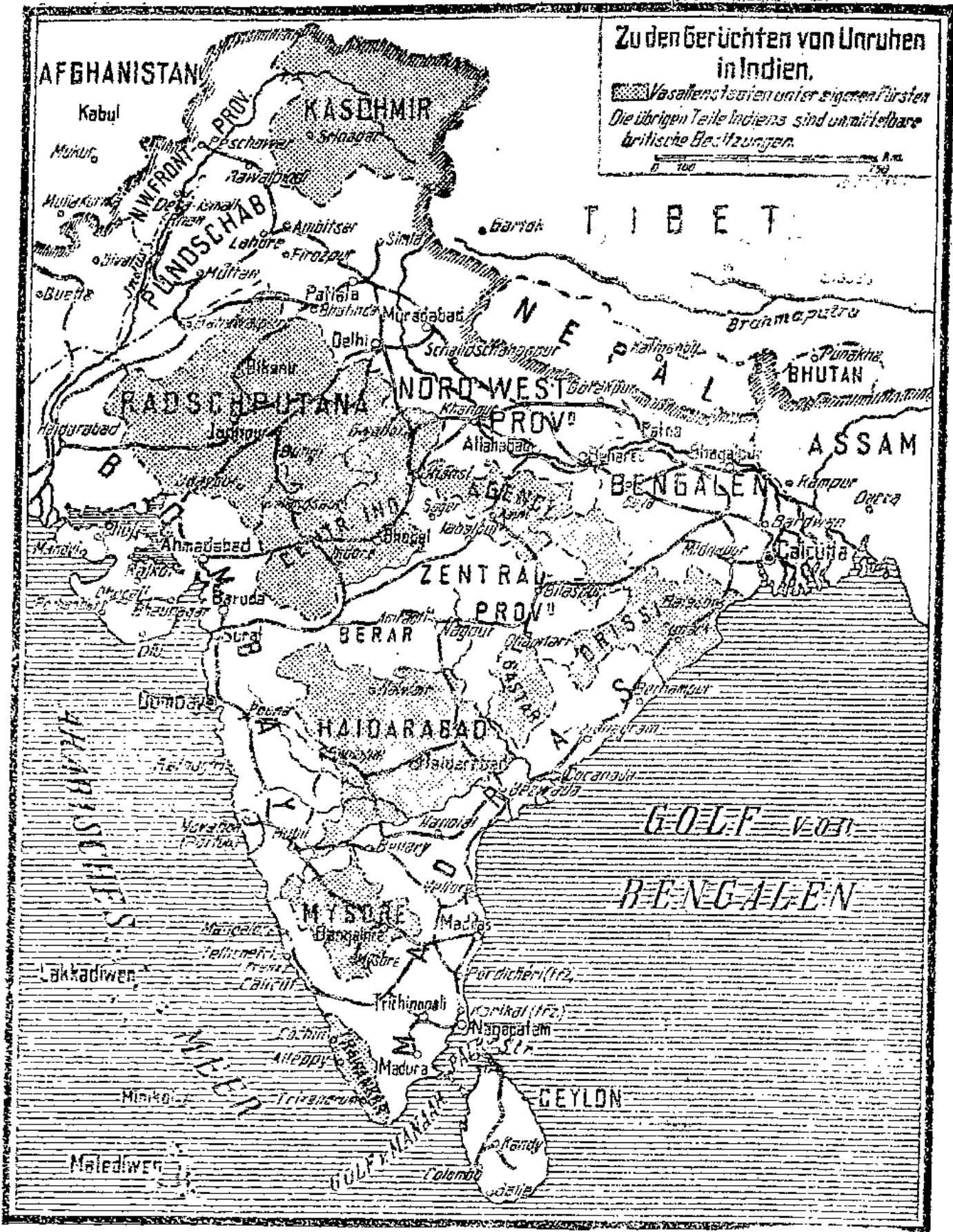
Rechnung für Sir Hardie. Bei der Wahl in der verordneten Wahlkreis Kentish ist nicht der offizielle Arbeiterpartei, sondern ein auf eigene Faust vorgehender Arbeiterpartei C. S. Stanton gewählt worden. Stanton erhielt 10 288 Stimmen, Stanton nur 6080. Dieses Resultat bedeutet einen Misserfolg der Unabhängigen Arbeiterpartei, auf deren Boden Winston steht. Sein Gegner führte den Wahlkampf, indem er sich zu der Regierung treuhaltenen Politik der Regierung der parlamentarischen Arbeiterpartei bekannte. Er nannte in seinen Reden die Agitation der Freunde MacDonalds eine Gefahr für die Sicherheit des Landes. So sehr er den Krieg verabscheute, so sehr widerstrebe er einem vorzeitigen und unruhigen Frieden, der die drohende Gefahr des preußischen Militarismus nicht beseitige und den Tod so mancher tapferen Briten zweifelslos mache. Mit diesem Programm gewann Stanton natürlich auch die Stimmen der bürgerlichen Parteien, die auf Auslieferung eines eigenen Kandidaten verzichtet hatten, und deshalb in seine Wahl für die Bekämpfung der Arbeiter im Kent'sen Wahlkreis nur zum Teil automatisch.

Aus der Partei.

„Sei Soll“ unter Anklage. Die Redaktion unseres Amsterdamer Parteiblattes „Sei Soll“ hat eine Anklage in Aussicht. Es soll den holländischen Landwirtschaftsminister in Kritik über die Mißwirtschaften beledigt haben. Die Anklage erfolgte auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers.

Kommunales.

Die Stadtverwaltung Steing hat beschlossen, für die 2000 Kriegsteilnehmer und Mitglieder der Ortskrankenkasse die Mehrbeiträge zur Wiedererrichtung der Familienunterstützung für ein Jahr zu übernehmen. Dies erfordert 26 000 Mark.



Zu den Gerüchten von Unruhen in Indien.
Vasallensstaaten unter eigenen Fürsten.
Die übrigen Teile Indiens sind unmittelbare britische Besitzungen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnungen verurteilt. Von der Strafkammer in Hildesheim wurde der Domänenpächter Amstutz Lambrecht aus Harjum wegen Verletzung von Pächter und mahlfähigem Weizen an sein Vieh zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Gasexplosion. In der Nacht zum Sonnabend ereignete sich in der Dillstrasse in Eisen eine Gasexplosion. Durch einen vorher entstandenen Wasserrohrbruch war das Erdgas unter der Gasleitung hergeschwemmt worden, so daß die Leitung brach. Durch die Explosion wurden vier Arbeiter schwer und zwei leichter verletzt. Durch den Luftdruck sprangen die Fensterbeschläge in sämtlicher umliegenden Häuser.

Der Winter. Seit Sonnabend herrscht in Adln zunehmende Kälte, die in der Nacht auf 8 Grad Celsius sank. Das Thermometer sank im Lahn-Tal auf 16 Grad Celsius und im Wehrtal auf 20 Grad. — In Süddeutschland hat sich die Kälte seit Sonnabend erheblich gesteigert. In der Rheinebene sank die Temperatur bis zu zwölf Grad, im Schwarzwald bis zu 18 Grad unter Null. Einige Flüsse führen bereits Arzbeis.

Magin Gorzi schwerkrank. Der „Lokalanz“ berichtet: Magin Gorzi, ein bekannter Schriftsteller, ist der Dichter Maxim Gorzi ernstlich erkrankt. Sein Zustand hat sich so verschlimmert, daß mit dem Ende gerechnet werden muß.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Lübder Kriegshilfe 1914/15.

Die Frauenarbeit innerhalb der Lübder Kriegshilfe ist ein Kapitel für sich. Ihre Tätigkeit ist hinderreich. Es handelt sich ausschließlich um die Fürsorge in Notfällen, die für ein Greifen der Armenanstalt ungeeignet sind. Die Arbeit erstreckt sich auf die Familien, Frauen und Männer infand zu legen, die Hilfe der Armenanstalt wieder zurechtzufinden. Das ist wichtigster Wirkungskreis der Zentrale für private Fürsorge. Die Arbeit der Frauen innerhalb der Lübder Kriegshilfe ist ein Kapitel für sich. Ihre Tätigkeit ist hinderreich. Es handelt sich ausschließlich um die Fürsorge in Notfällen, die für ein Greifen der Armenanstalt ungeeignet sind. Die Arbeit erstreckt sich auf die Familien, Frauen und Männer infand zu legen, die Hilfe der Armenanstalt wieder zurechtzufinden. Das ist wichtigster Wirkungskreis der Zentrale für private Fürsorge. Die Arbeit der Frauen innerhalb der Lübder Kriegshilfe ist ein Kapitel für sich. Ihre Tätigkeit ist hinderreich. Es handelt sich ausschließlich um die Fürsorge in Notfällen, die für ein Greifen der Armenanstalt ungeeignet sind. Die Arbeit erstreckt sich auf die Familien, Frauen und Männer infand zu legen, die Hilfe der Armenanstalt wieder zurechtzufinden. Das ist wichtigster Wirkungskreis der Zentrale für private Fürsorge.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Neget & Co.
Sämtlich in Lübeck.